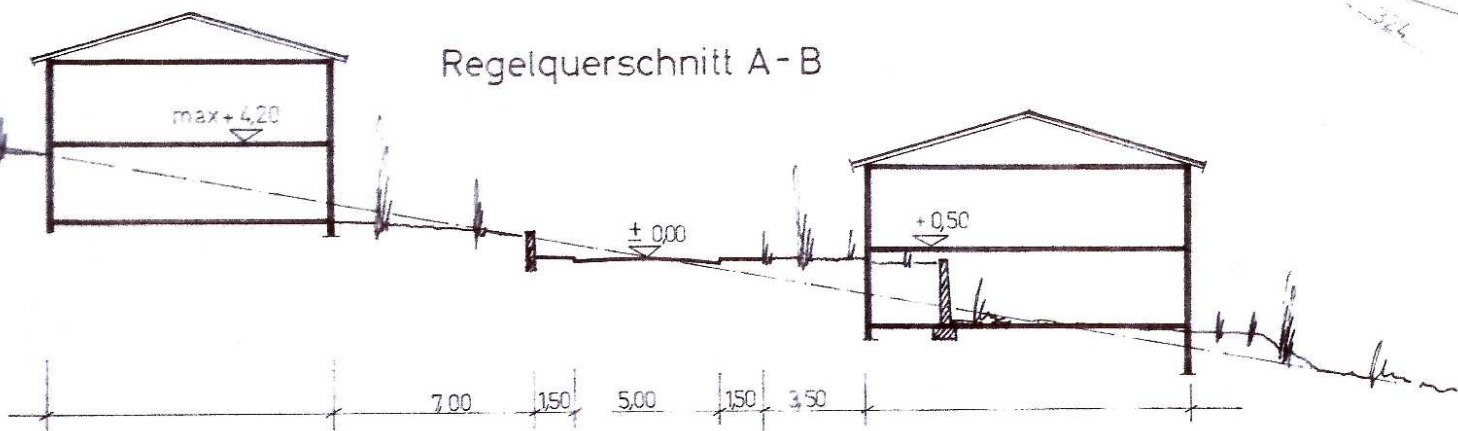


Regelquerschnitt A - B



Die Ausfertigung des Bebauungsplanes im Sinne des § 30 Bundesbaugesetz (BauG) vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) gemäß § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom 11. 12. 1973 beschlossen.  
Die Ausfertigung erfolgte auf Antrag der Gemeinde Alsweiler, durch die Kreisplanungsstelle St. Wendel.

Festsetzung gemäß § 9 Abs. 1 und 5 des Bundesbaugesetzes

1	Geltungsbereich	laut Plan
2	Art der baulichen Nutzung	
2.1	Baugebiet	allgemeines Wohngebiet
2.1.1	zulässige Anlagen	Bau NVO v. 26.11.68 § 4(2)
2.1.2	ausnahmsweise zulässige Anlagen	Bau NVO v. 26.11.68 § 4(3)
2.2	Baugebiet	
2.2.1	zulässige Anlagen	
2.2.2	ausnahmsweise zulässige Anlagen	
3	Maß der baulichen Nutzung	
3.1	Zahl der Vollgeschosse	laut Plan
3.2	Grundflächenzahl	0,3
3.3	Geschoßflächenzahl	0,5
3.4	Baumassenzahl	entfällt
3.5	Grundflächen der baulichen Anlagen	entfällt
4	Bauweise	offen, Einzelhäuser laut Plan
5	Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksfläche	laut Plan
6	Stellung der baulichen Anlagen	laut Plan
7	Mindestgröße der Baugrundstücke	entfällt
8	Höhenlage der baulichen Anlagen (Maß von OK Straßenkante Mitte Haus bis OK Erdgeschoßfußboden)	laut Regelschnitt
9	Flächen für überdeckte Stellplätze und Garagen sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken	innerhalb der überbaubaren Flächen oder nach LBO § 7(7)
10	Flächen für nicht überdeckte Stellplätze sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken	entfällt
11	Baugrundstücke für den Gemeinbedarf	entfällt
12	Überwiegend für die Bebauung mit Punktbebauung vorgesehene Flächen	gesamter Geltungsbereich
13	Baugrundstücke für besondere Anlagen, die für außerordentlichen Zweck dienen und deren Lage durch zwingende städtebauliche Gründe, insbesondere solche des Verkehrs, bestimmt ist	entfällt
14	Grundstücke, die von der Bebauung freizuhalten sind und ihre Nutzung	entfällt
15	Verkehrsflächen	laut Plan
16	Höhenlage der anbaulichen Verkehrsflächen sowie der Anschluß der Grundstücke an die Verkehrsflächen	laut Straßenprojekt
17	Versorgungsflächen	entfällt
18	Führung oberirdischer Versorgungsanlagen und -leitungen	entfällt
19	Flächen für die Verwertung oder Beseitigung von Abwasser und festen Abfallstoffen	entfällt
20	Grünflächen, wie Parkanlagen, Dauererholungsflächen, Sport-, Spiel-, Zeit- und Badeplätze, Freizeitanlagen	entfällt
21	Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Steinen, Erden und anderen Bodenschätzen	entfällt
22	Flächen für die Landwirtschaft und für die Forstwirtschaft	entfällt
23	Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Allgemeinheit, eines Erschließungsträgers oder eines beschränkten Personenkreises zu belastende Flächen	entfällt
24	Flächen für Gemeinschaftsstellplätze und Gemeinschaftsgaragen	entfällt
25	Flächen für Gemeinschaftsanlagen, die für Wohngebiete oder Betriebsstätten innerhalb eines engeren räumlichen Bereichs aus Gründen der Sicherheit erforderlich sind	entfällt
26	Die bei einzelnen Anlagen, welche die Sicherheit oder die Gesundheit der Nachbarschaft gefährden oder erheblich beeinträchtigen, von der Bebauung freizuhaltenen Schutzflächen und ihre Nutzung	entfällt
27	Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern	entfällt
28	Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gewässer	entfällt

Aufnahme von  
Festsetzungen über die äußere Gestalt der baulichen Anlagen auf Grund des § 9 Abs. 2 BBauG  
in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes  
vom 9. Mai 1961 (ABl. S. 293)

entfällt

Aufnahme von

Festsetzungen über den Schutz und die Erhaltung von Bau- und Naturdenkmälern auf Grund  
des § 9 Abs. 2 BBauG in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des  
Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (ABl. S. 293)

entfällt








Kennzeichnung von Flächen gemäß § 9 Abs. 3 BBauG

- 1 Flächen, bei deren Bebauung besondere bauliche  
Vorkehrungen erforderlich sind ..... entfällt
- 2 Flächen, bei denen besondere bauliche Sicherheitsmaßnahmen  
gegen Naturgewalten erforderlich sind ..... entfällt
- 3 Flächen, unter denen der Bergbau umgeht ..... entfällt
- 4 Flächen, die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind ..... entfällt

Nachrichtliche Übernahme von Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 4 BBauG

- 1 ..... entfällt
- 2 ..... entfällt

Planzeichen - Erläuterung

	Geltungsbereich
	Bestehende Gebäude
	Geplante Gebäude
	Bestehende Straßen
	Geplante Straßen
	Bestehende Grundstücksgrenze
	Geplante Grundstücksgrenze
	Baumlinie
	Baugrenze
	Entsässerungsrichtung
	Firstrichtung
	Geschütztheit
	Grundflächenzahl
	Geschoßflächenzahl

Der Bebauungsplan hat gemäß § 2 Abs. 6 BBauG ausgelegen  
vom 13. 1. 1975 bis zum 13. 2. 1975

Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10 BBauG als Satzung vom Gemeinderat  
am 13. 2. 1975 beschlossen.

Marpingen, den 24. 3. 1975

Der Bürgermeister

Der Bebauungsplan wird gemäß § 11 BBauG genehmigt.

Saarbrücken, den 14. JULI 1975

Der Minister für Umwelt, Raumordnung und Bauwesen

316-5438175/1111111111

Im Auftrag

Diplom-Ingenieur

8. 8. 75

SAARLAND

Der Minister  
für Umwelt, Raumordnung  
und Bauwesen

Die öffentliche Auslegung gemäß § 12 BBauG wurde am ..... ersichtlich bekanntgemacht.

Marpingen, den 8. 8. 75

Der Bürgermeister

DER LANDRAT DES KREISES ST. WENDEL			
KREISBAUAMT — PLANUNG			
Betr: Bebauungsplan „Verlängerung der Marienstraße“		M-1:500	
Gemeinde: Marpingen Ortst. Alsweiler		Änderungen	
Bearbeitet	12. 8. 74	Nr.	Datum
Gezeichnet	12. 8. 74	Bearb.	Amtsleiter
Abteilungsleit.	12. 8. 74		
Amtsleiter	20. 8. 74		



## B e g r ü n d u n g

zum Bebauungsplan "Verlängerung Marienstraße" im Ortsteil  
Alsweiler der Gemeinde M a r p i n g e n .

- - - - -

Grundlage: Beschluß des Gemeinderates der ehemaligen Gemeinde  
Alsweiler vom 11.12.1973, Punkt 6 b der Tagesordnung.

Um die städtebauliche Entwicklung zu ordnen, hat der Gemeinderat der ehemaligen Gemeinde Alsweiler in der o.a. Sitzung beschlossen, für das Gebiet in Verlängerung der Marienstraße einen Bebauungsplan aufstellen zu lassen. Mit der Aufstellung eines Bebauungsplanes für dieses Gebiet soll aber insbesondere eine Verbesserung der raumordnerischen Gestaltung des Ortes und die damit verbundene Ortsabrundung erreicht werden. Vorgesehen ist die Erschließung von etwa 7 bis 8 Baustellen. In die Erschließung einbezogen werden sollen Teilflächen der Grundstücke Flur 10 Nr. 557/194, 556/192, 432/192, 701/191, 700/191 190, sowie der gemeindeeigenen Wegegrundstücke Nr. 194/1 und 173/2, der Gemarkung Alsweiler.

Der Bebauungsplan entspricht neben den Zielen der Gemeinde auch den Zielen der Raumordnung der Landesplanung. Deshalb wurden auch vor der Aufstellung des Planes die Zustimmungen der Landesplanung und der Kreisplanungsstelle erteilt.

Auch die sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung werden bei der Aufstellung des Planes berücksichtigt. Die Gemeinde hat in den letzten 10 Jahren in dem westlich unterhalb gelegenen Tal ein mustergültiges Ortszentrum (Festplatz, Festhalle, Kindergarten, Spiel- und Freizeitplätze, Feuerwehrgerätehaus, im Bau befindliche Sporthalle) geschaffen. Diese Einrichtungen sind zum Teil über vorhandene oder zum Teil noch auszubauende Fußwege auf dem kürzesten Wege von Erschließungsgebiet her zu erreichen, ohne dabei verkehrsreiche Straßen benutzen zu müssen.

Neben den vorgenannten Gesichtspunkten ist aber auch entscheidend, daß keine allzu hohen Erschließungskosten für das Gebiet entstehen und die Grundstücksfrage innerhalb kürzester Zeit und ohne Schwierigkeiten geklärt werden konnte.

Marpingen, im August 1974

Der Bürgermeister:



*[Handwritten signature]*  
(Sartorius)